



Redetexte / Discours

Es gilt das gesprochene Wort / Seules les paroles prononcées font foi

Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident SP Schweiz

Zeit für einen Richtungswechsel am 20. Oktober

Sehr geehrte Medienschaffende

Wir stehen heute genau zwei Monate vor den Wahlen. Am 20. Oktober entscheidet sich, ob sich die verlorene Legislatur wiederholt – oder ob wir die rechte Mehrheit brechen können und wieder Reformen und konstruktive Politik möglich sind.

Die Bilanz der rechten Mehrheit von SVP und FDP ist desaströs. Sie haben die Interessen von Wenigen über das Allgemeinwohl gestellt. Im Nationalrat haben sie die Macht des Stärkeren rücksichtslos ausgespielt. Mehrheiten standen meist schon vor der Kommissionssitzung fest. Anstatt Kompromisse einzugehen und überparteiliche Mehrheiten zu suchen, haben SVP und FDP ihr Programm durchzudrücken versucht.

Zum Glück haben sie damit Schiffbruch erlitten – und zwar ausgerechnet mit ihrem Flaggschiff USR III. Wir haben gegen diesen Bschiss am Mittelstand das Referendum ergriffen. Wir haben in der Kampagne aufgezeigt, dass nur ein paar wenige reiche Aktionäre und Grosskonzerne profitieren und alle anderen dafür bezahlen würden. Und wir haben klar und deutlich eine Mehrheit in der Bevölkerung gefunden – mit 59 % Nein-Anteil wurde die USR III gebodigt.

Nach dem USR-III-Desaster hat der rechten Mehrheit sowohl der Mut wie auch das Können gefehlt, konstruktive Projekte anzugehen. Stillstand war die Folge. So dürfen wir getrost von einer verlorenen Legislatur sprechen. Es ist bezeichnend, dass die STAF-Vorlage – das einzige erfolgreiche konstruktive Projekt dieser Legislatur – im Ständerat entstanden ist. Der von SVP und FDP dominierte Nationalrat wäre dazu nicht in der Lage gewesen.

Ich wiederhole mich gerne: Noch verfügt die rechtskonservative Allianz aus FDP und SVP über eine knappe Mehrheit im Nationalrat mit 101 von 200 Stimmen. FDP und SVP vertreten konsequent die Interessen von Superreichen, Klimasündern sowie der Finanz- und Krankenkassenlobby. Dringende soziale und ökologische Fortschritte sind blockiert. Wir brauchen deshalb den Linksrutsch, um die rechte Mehrheit zu brechen.

Darum ist es Zeit für einen Richtungswechsel! Die Plakate, die wir gleich enthüllen werden, machen das deutlich. Wir stehen mit unserer Kampagne für vier konkrete Projekte, die unser Land sozialer machen und vorwärts bringen:

- Niemand soll mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen.
- Unser Marshallplan zeigt auf, wie die Schweiz klimaneutral wird und so als Pionierin im Klimaschutz vorangehen kann.
- Wir setzen Gleichstellung um, ohne Wenn und Aber. Gleicher Lohn, Kitaplätze, Elternzeit oder Schutz vor Gewalt – das alles muss endlich umgesetzt werden.
- Wir geben allen eine zweite Chance am Arbeitsmarkt – egal ob Ü50 oder Flüchtling. Jeder und jede hat das Recht auf eine bezahlte Aus- und Weiterbildung.

Dafür brauchen wir neue Mehrheiten im Parlament. Dafür brauchen wir einen Richtungswechsel in der Schweizer Politik. Es ist unsere Verpflichtung als stärkste Kraft der politischen Linken, alles dafür zu tun, die rechte Mehrheit zu brechen.

Wie wir das erreichen wollen, erläutert Ihnen jetzt unsere Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt. Besten Dank!

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE, Vize-Fraktionspräsidentin und politische Wahlkampfleiterin SP Schweiz

Rot anstreichen: SP präsentiert nationale Plakatkampagne

Sehr geehrte Medienschaffende, geschätzte Anwesende

Gerne stellen wir Ihnen heute unsere sechs Plakatsujets vor. Erlauben Sie mir zuerst aber einen kurzen Exkurs zur Frage, weshalb wir in Zeiten von Social Media überhaupt noch auf Plakate setzen.

Im Gegensatz zu SVP und FDP haben wir keine Millionen, sondern Menschen. Deshalb liegt der Schwerpunkt unserer Wahlkampagne auch bei all unseren Aktivitäten in den Quartieren und Ortschaften, auf der Strasse und am Telefon. Unser Motto ist bekanntlich: Wir reden mit den Menschen, nicht über sie. Unser Ziel: Wir wollen die rechtsbürgerliche Mehrheit brechen.

So fanden vor den Sommerferien unsere Quartierumfragen statt. Insgesamt dürfen wir auf 15'000 Gespräche zurückblicken. Wichtigste Erkenntnis: Mit unseren Themen – insbesondere bezahlbare Krankenkassenprämien, Gleichstellung und ein Klimaschutz, der diesen Namen auch verdient – sind wir direkt bei den Menschen und ihren Sorgen. Nun folgen Telefone und klassische Standaktionen sowie das Schreiben von Postkarten und somit das persönliche Mobilisieren von Freundinnen und Kollegen.

Also, weshalb setzen wir dazu auch noch auf die guten alten Wahlplakate? Erstens: Weil gute und aussagestarke Plakate einfach zum Wahlkampf gehören. Sie flankieren die restlichen Kampagnenelemente. Und zweitens weil es heute nicht mehr einfach nur statische Wahlplakate an Bahnhöfen oder Busstationen sind, sondern weil die Sujets breit einsetzbar sind, insbesondere auch auf Social Media. Also keine Angst: Sie werden unsere Plakate nicht an jeder zweiten Plakatstelle hängen sehen. Dazu fehlt uns schlicht das Geld. Aber an gezielt ausgesuchten Orten werden Sie auf unsere Sujets treffen oder eben ihnen auch in den Sozialen Medien begegnen.

Klar ist, dass die Plakate unsere politischen Schwerpunkte abbilden müssen, also mit konkreten Inhalten arbeiten. Es ist höchste

- Zeit für einen Richtungswechsel. Für alle statt für wenige.

Am 20. Oktober wollen wir die rechtsbürgerliche Mehrheit brechen, damit Fortschritte wieder möglich sind. Etwa in der Gesundheitspolitik:

- Wenn die Prämien schneller steigen als der Lohn. Krankenkassenprämien senken.

Die Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen als Löhne und Renten. Das stellt für viele Menschen ein grosses Problem dar. Je mehr die Prämien steigen, desto mehr schmerzen sie insbesondere Personen mit mittleren und tiefen Einkommen. Wer viel Prämien zahlt und wenig Geld hat, muss dann einfach anderswo sparen. Das muss sich ändern. Deshalb sind wir im Schlusspurt für unsere Prämientlastungsinitiative, welche die Prämien bei 10 Prozent begrenzen will.

- Neue Energie für die Klimapolitik. Umweltpolitik vorantreiben.

Es braucht endlich eine Klimapolitik, die diesen Namen verdient. Mit unserem Marshallplan zeigten wir auf, wie die Klimapolitik aussehen muss. Unsere Klimapolitik ist ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll. Wir bauen die Schweiz der Zukunft, indem wir in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investieren. Wir schaffen dezentral Arbeitsplätze und generieren lokal Wertschöpfung. Und dies alles sozialverträglich. Dazu brauchen wir neue Mehrheiten, neue Energie und neuen Wind – nicht zuletzt, damit wir endlich ein fortschrittliches CO2-Gesetz beschliessen können.

- Familie oder Beruf? Falsche Frage. Gleichstellung durchsetzen.

Nach dem Frauenstreik kommt die Gleichstellungsinitiative. Bis zum 30. August können alle auf www.gleichstellung-jetzt.ch mitbestimmen, welches Initiativprojekt wir weiter verfolgen sollen. Seit Jahrzehnten ist die SP die Gleichstellungspartei schlechthin und setzt sich ein für Lohngleichheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es braucht nicht zuletzt mehr Krippenplätze, damit für die Kinder gut gesorgt ist, auch wenn der Vater oder die Mutter am Arbeitsplatz ist. Hier bleiben wir dran, brauchen aber im Parlament in der neuen Legislatur eine neue Mehrheit.

- Chancenlos am Arbeitsmarkt? Ältere Arbeitnehmende stärken.

Eine Arbeitsstelle ist nicht nur für die Lebensfinanzierung wichtig. Wer eine Stelle hat, kann persönliche Kontakte pflegen, Wertschätzung erfahren und sich auch persönlich weiterentwickeln. Gerade aufgrund der technologischen Entwicklung und der steigenden Anzahl der über 50-jährigen Arbeitslosen ist die Angst vor dem beruflichen Abstieg weit verbreitet. Deshalb setzen wir uns zum Beispiel für eine Weiterbildung / Umschulung on the job ein. Es darf nicht sein, dass der 50. Geburtstag Angst macht.

Und zum krönenden Abschluss:

- 20. Oktober rot anstreichen. Für alle statt für wenige.

Wir geben in den kommenden zwei Monaten Vollgas und zeigen im Gespräch mit der Bevölkerung auf, dass wir es am 20. Oktober mit einer Richtungswahl zu tun haben. Es braucht dringend eine neue Mehrheit im Bundesparlament, damit der Linksrutsch möglich wird und damit auch Fortschritte in der Gesundheitspolitik, beim Klimaschutz und in der Gleichstellung.

* * * * *